



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Parteifreundinnen,  
liebe Parteifreunde,

in der neuesten Ausgabe gebe ich Ihnen wieder über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin und meinen Einsatz für Mannheim einen Einblick. Jederzeit können Sie auch einen Überblick über meine politische Arbeit auf meiner Homepage oder auf meiner Facebookseite gewinnen.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. [25. Jahrestag der Deutschen Einheit](#)
2. [Die Woche im Parlament](#)
3. [Relevantes aus und für Mannheim](#)

## 1. 25. Jahrestag der Deutschen Einheit

*Am 3. Oktober jährt sich zum 25. Mal die deutsche Wiedervereinigung. Die Wiedervereinigung ist mit Abstand das wichtigste Ereignis der jüngeren deutschen, vielleicht sogar der europäischen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg. Der 3. Oktober 1990 ist einer der glücklichsten Tage unserer Geschichte. Er bildete den Schlusspunkt der friedlichen Revolution, durch die sich die Deutschen in der DDR heldenhaft von der Herrschaft der SED befreiten und die Einheit unseres Vaterlandes ermöglichten.*

*Im Rückblick ist gut abzulesen, was die Zeitgenossen gespürt haben: Der Wille und Wunsch der Menschen in Deutschland, wieder in einem freien und vereinten Land zusammenzuleben, brach sich Bahn. Bundeskanzler Helmut Kohl hat diesen Wunsch im Gespräch mit Michael Gorbatschow mit dem Rhein verglichen, dem man den Weg zum Meer nicht verstellen könne. Er hat es verstanden, unseren Nachbarn die Ängste vor einem wiedervereinigten Deutschland zu nehmen. Er hat gleichzeitig mit seinem Zehn-Punkte-Plan im Herbst 1989 schon früh ein Konzept für den Weg zur Einheit entwickelt.*

*Auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung sind noch nicht alle Herausforderungen überwunden. Ganz Deutschland trägt weiterhin an den Folgen der menschenverachtenden und vielfach verbrecherischen Diktatur der SED. Zweifellos ist noch viel zu leisten. Gleichwohl haben die ostdeutschen Länder einen enormen Aufholprozess hinter sich. Wir sind dankbar für das Großartige, was wir in den letzten 25 Jahren gemeinsam erreicht haben.*

*25 Jahre wiedervereinigtes Deutschland sind ein Grund und Anlass zur Freude. Denken wir dieser Tage einmal an das Gewonnene, an die Freiheit und die Möglichkeiten unseres wiedervereinigten Landes. Wir haben unseren Platz in der EU gefunden, sind in der NATO fest verankert und sind ein international geachtetes Land. Deutschland ist heute, 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, ein Land des Friedens, der Stabilität und der Menschenrechte. Dazu haben die Kanzler der Union, allen voran Konrad Adenauer über Helmut Kohl bis zu Angela Merkel, Entscheidendes beigetragen. Beides ist ein Grund zur Freude in diesem Jahr 2015.*

## 2. Die Woche im Parlament

*Gesetz zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes, des Asylbewerberleistungsgesetzes und weiterer Gesetzes*

*Seit Monaten ist Deutschland Ziel einer präzedenzlosen Zahl von Asylbewerbern, die Sicherheit vor Krieg, Verfolgung und Not suchen. Im Vergleich mit den meisten anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union wird Deutschland hierbei weit überproportional belastet. Allein für das laufende Jahr 2015 wird mit ca. 800.000 Asylsuchenden gerechnet. Zur Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen ist es notwendig, das Asylverfahren zu beschleunigen. Die Rückführungen vollziehbar Ausreisepflichtiger sollen vereinfacht und Fehlanreize, die zu einem weiteren Anstieg ungerechtfertigter Asylanträge führen können, beseitigt werden. Um die Unterbringung der großen Zahl von Asylbewerbern und Flüchtlingen in Deutschland gewährleisten zu können, soll zudem für einen befristeten Zeitraum von geltenden Regelungen*

und Standards abgewichen werden können. Gleichzeitig ist es erforderlich, die Integration derjenigen, die über eine gute Bleibeperspektive verfügen, zu verbessern.

Mit dem Gesetzentwurf, den die Koalition parallel zum Beschluss des Bundeskabinetts einbringt, reagiert sie auf die aktuelle Flüchtlingssituation in Deutschland. Neben der Erweiterung des Kreises der sicheren Herkunftsstaaten um drei weitere Balkanstaaten sollen Maßnahmen getroffen werden, mit denen Fehlanreize vermieden und Verfahren beschleunigt werden können. Gleichzeitig öffnet die Bundesrepublik Asylbewerbern mit guten Bleibeperspektiven den Weg zu einer gelungenen Integration in die deutsche Gesellschaft und den Arbeitsmarkt.

Gesetz zur schnelleren Entlastung der Länder und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern (Entlastungsbeschleunigungsgesetz).

In einem gemeinsamen Beschluss zur Asyl- und Flüchtlingspolitik hatten sich Bund und Länder am 18. Juni 2015 unter anderem darauf verständigt, dass der Bund seine für das Jahr 2016 zugesagte und bereits umgesetzte pauschale Hilfe für die Länder und Kommunen in Höhe von 500 Millionen Euro auf das Jahr 2015 vorzieht. Diese Vereinbarung soll mit dem von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf, den der Deutsche Bundestag in erster Lesung berät, durch Änderung des Finanzausgleichgesetzes umgesetzt werden.

#### 11. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik.

Der Deutsche Bundestag hat über die Beschlussempfehlung und den Bericht des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung beraten. Der Bericht bietet einen Überblick über die innen- und außenpolitischen Aktivitäten und Initiativen der Menschenrechtspolitik der Bundesregierung. In einem Entschließungsantrag fordern CDU und CSU gemeinsam mit unserem Koalitionspartner SPD, im kommenden Bericht über die Menschenrechtspolitik für den Zeitraum März 2014 bis September 2016 ein besonderes Augenmerk auf unser Schwerpunktthema der Religions- und Glaubensfreiheit zu legen.

### 3. Relevantes aus und für Mannheim

#### *Halbzeitbilanz der Großen Koalition*

*Am 17. Oktober werde ich über die Halbzeitbilanz der Großen Koalition berichten. Ich werde zum einen über den Mindestlohn, die Rente mit 63, die Mütterrente, die Vorhaben im Bereich von Gesundheit und Pflege oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sprechen. Zum anderen werde ich auch zu aktuellen Themen wie der Flüchtlingspolitik referieren und über das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz informieren. Außerdem gebe ich Ihnen einen Einblick in meine parlamentarische Arbeit. Neben den Anliegen Mannheims und der Metropolregion an den Bund werde ich Ihnen, liebe Bürgerinnen und Bürgern, Gelegenheit geben, Ihre Anregungen und Fragen vorzutragen, um diese an die politischen Verantwortlichen in Berlin weiterzuleiten. Ich freue mich auf Ihr Kommen!*

*Termin:*

*17. Oktober 2015 um 15 Uhr, Restaurant Krautwickel, Mallaustraße 111 in 68219 Mannheim*

#### *Windkraft im Käfertaler Wald*

*Im Zusammenhang mit der Prüfung von Konzentrationsflächen für Windenergieanlagen im Käfertaler Wald habe ich die Landesregierung um Stellungnahme zu einigen aus meiner Sicht problematischen Regelungen gebeten. In vielen Gesprächen mit Bürgern habe ich festgestellt, dass es in der Bürgerschaft massive Vorbehalte gegen die Errichtung von Windkraftträgern im Käfertaler Wald gibt.*

*Zur Beurteilung der Sinnhaftigkeit von Windenergie in Mannheim befindet selbst der BUND in seiner Stellungnahme zum Ausbau der Windenergie in der Region Rhein-Neckar vom Juni 2012, dass es in Mannheim eigentlich keine wirklich windhöffigen Standorte gibt. Ich halte eine dezentrale Planung, wie sie der grün-rote Windenergieerlass aus dem Jahr 2012 vorsieht, für fatal. Wir führen hier durch die Vorgaben des Landes eine eigentlich unsinnige Diskussion um Windräder im Naherholungs- und Landschaftsschutzgebiet Käfertaler Wald – in unmittelbarer Nähe zum Karlstern und mit im bundesweiten Vergleich sehr geringen Abständen zur Wohnbebauung. Mir kommt es so vor, als hätte die Landesregierung angesichts der fast unauflösbaren geteilten Zuständigkeit über drei Ministerien hinweg einfach die Verantwortung und damit die schwierige Auseinandersetzung mit der Bürgerschaft an die Kommunen delegiert. In Schreiben an Ministerpräsident Kretschmann sowie die drei zuständigen Minister von Bündnis90/Die Grünen, Winfried Herrmann (Verkehr und Infrastruktur), Franz Untersteller (Umwelt, Klima und Energiewirtschaft) und Alexander Bonde (Ländlicher Raum und Verbraucherschutz) erkundige ich mich auch nach den Abwägungsentscheidungen zwischen verschiedenen mit der Energiewende konkurrierenden Zielen des Umwelt-, Tier- und Naturschutzes.*

*Ziel meines Vorstoßes ist es, mit Blick auf die formelle Beteiligung der Stadt Mannheim und der Öffentlichkeit in diesem Herbst eine verbindliche fachliche Aussage der zuständigen Ministerien auf offene Fragen zu bekommen.*

### Digitale Chancen nutzen

*Ich rufe alle Mannheimerinnen und Mannheimer, die sich ehrenamtlich engagieren, zur Teilnahme am Ideenwettbewerb „Google Impact Challenge“ auf. Die „Google Impact Challenge“ wird erstmals in Deutschland durchgeführt und ist eine Mischung aus Trainingsprogramm und Wettbewerb, an dem Ehrenamtliche gemeinnütziger Organisationen mit innovativen und/oder digitalen Projekten teilnehmen können. Engagierte Freiwillige und ihre Organisationen sollen auf diese Weise ermutigt werden, innovative und digitale Projekte zu entwickeln.*

*Im Internet liegt großes Potential, um die Arbeit von freiwillig Engagierten zu erleichtern und mehr Menschen als Ehrenamtliche für die gute Sache zu gewinnen. Gesucht werden Ideen, wie mit Hilfe digitaler Technologie die Engagementarbeit verbessert werden kann – und zwar auf lokaler, regionaler und auf Bundesebene. Die Schirmherrschaft übernimmt Bundesministerin Manuela Schwesig. Bei der Abschlussveranstaltung am 25. Februar 2016 werden zehn Bundessieger mit Preisgeldern von jeweils 250.000 Euro prämiert. Die 100 besten lokalen Projekte erhalten jeweils 10.000 Euro.*

*Interessenten können sich noch bis zum 18. Oktober auf der Webseite [g.co/EureIdee](http://g.co/EureIdee) melden werden. Weitere Informationen findet man auch unter [www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de).*

### Landeserstaufnahmeeinrichtung auf dem Gelände des Benjamin-Franklin-Village

*Das Land Baden-Württemberg und die Stadt Mannheim erbringen Höchstleistungen, um einen bisher unbekanntem Zustrom von Flüchtlingen zu bewältigen. Die Willkommenskultur des Landes und der Bevölkerung hat uns in einer breiten Öffentlichkeit weltweit großes Ansehen verliehen. Die Wahl des Benjamin-Franklin-Villages als Standort der Landeserstaufnahme in Mannheim bringt meines Erachtens jedoch negative Langzeitfolgen für die Stadt mit sich, die vermeidbar gewesen wären.*

*Nach zähen Verhandlungen wurden zwischen der Stadt Mannheim einerseits und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) andererseits die Kaufvertragsverhandlungen über das Benjamin-Franklin-Village am 10. September dieses Jahres abgeschlossen. Zur Entwicklung des 140 Hektar umfassenden Geländes stehen rund 20 Investoren bereit, die verbindlich ein Investitionsvolumen von nahezu einer Milliarde Euro zugesagt haben. Der ausverhandelte Kaufvertrag wird durch die BImA aufgrund der Einrichtung der Flüchtlingsunterkunft auf dem fraglichen Gelände nun nicht unterschrieben. Mir ist unverständlich, weshalb das Land ausgerechnet das Benjamin-Franklin-Village als Erstaufnahmeeinrichtung ausgewählt hat, wo doch mit der ehemaligen Spinelli-Kaserne und der ehemaligen Hammonds-Kaserne ausreichende Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung stünden. Bei diesen Kasernen sind die Verhandlungen für eine weiterführende Verwendung noch nicht so weit fortgeschritten, so dass eine Unterbringung der Flüchtlinge auf diesen Flächen keine Investoren abschrecken würde. Eine Investition von nahezu einer Milliarde Euro in ein für die Stadtentwicklung äußerst wichtiges Projekt ist von großer Relevanz. Dieses Projekt ist nun gefährdet. Sollte das Projekt Benjamin-Franklin-Village nicht zustande kommen, so hat sich das Thema Konversion in Mannheim gerade angesichts der*

Rückvermietung des Coleman-Airfields an die amerikanischen Streitkräfte für die nächsten Jahre erledigt. Mannheim würde eine einmalige Chance verspielen, womit niemandem gedient ist. Ich habe in der vergangenen Sitzungswoche mein Unverständnis über die Wahl des Benjamin-Franklin-Village dem Bundesinnenminister, dem Baden-Württembergischen Ministerpräsidenten und allen Bürgerinnen und Bürgern mitgeteilt, die sich individuell an mich gewandt hatten, zum Ausdruck gebracht. Mittlerweile steht ein Kompromiss zwischen Bund, Land und Stadt im Raum, den ich ausdrücklich unterstütze. Dieser sieht vor, dass die Stadt Mannheim die sog. Offizierssiedlung sofort von der BImA übernimmt. Ein weiterer Teil, Franklin Mitte/Nord, soll ab dem 1.4.2016 vom Eigentum der BImA in das der Stadt übergehen und das Gelände, auf dem sich derzeit die Landeserstaufnahmeeinrichtung befindet (Franklin-Süd/Columbus-Quartier), soll ab dem 31.12.2018 Eigentum der Stadt Mannheim werden.

*Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an:*

*Prof. Dr. Egon Jüttner MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030 / 227 – 722 91  
E-Mail: [egon.juettner@bundestag.de](mailto:egon.juettner@bundestag.de)  
Internet: [www.egon-juettner.de](http://www.egon-juettner.de)*